

Allgemeine Geschäftsbedingungen für Dienstleistungen

Art. 1 Allgemeines

1. Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen regeln Abschluss, Inhalt und Abwicklung von Verträgen über Dienstleistungen, insbesondere Planungsleistungen, Ingenieurleistungen, Beratungsleistungen, Studien, Überwachungen, technische Serviceleistungen, Management sowie anderen vom Auftragnehmer für den Auftraggeber ausgeführten Dienstleistungen mit Auftragscharakter.
2. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen in der bei Vertragsabschluss geltenden Fassung sind integrierende Bestandteile des Vertrags.
3. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen kommen zur Anwendung, soweit nicht im einzelnen Fall entgegenstehende schriftliche Vereinbarungen getroffen werden. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Lieferanten gelten nur soweit, als sie im Vertrag ausdrücklich schriftlich anerkannt werden.
4. Sollten zwischen dem Vertrag, den vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen Widersprüche bestehen, so ist in erster Linie die im Vertrag und in zweiter Linie die in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthaltene Regelung massgebend.

Art. 2 Leistungen

5. Art und Umfang der Dienstleistungen entsprechen der akzeptierten Offerte (Bestellung) bzw. werden in der Vertragsurkunde geregelt.
6. Vertragsänderungen oder Vertragsergänzungen erfolgen schriftlich.

Art. 3 Ausführung

7. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zu einer sachkundigen und sorgfältigen Vertragserfüllung. Er wahrt die Interessen des Auftraggebers nach bestem Wissen und Gewissen.
8. Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber regelmässig über den Fortschritt der Arbeiten und zeigt ihm sofort schriftlich alle Umstände an, welche die vertragsgemässe Erfüllung beeinträchtigen. Dem Auftraggeber steht jederzeit ein Kontroll- und Auskunftsrecht über alle Teile des Auftrags zu. Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber umgehend schriftlich und umfassend über erkennbare Abweichungen zum vereinbarten Bearbeitungsaufwand sowie über alle Weiterentwicklungen, die aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen eine Änderung der vereinbarten Leistungen angezeigt erscheinen lassen.
9. Auf Verlangen des Auftraggebers legt der Auftragnehmer jederzeit über seine Geschäftsführung Rechenschaft ab und gibt alle Unterlagen, wie Zwischenbericht, Berechnungen etc. heraus, die er im Rahmen des Vertrages erstellt hat.
10. Der Auftragnehmer macht den Auftraggeber schriftlich auf nachteilige Folgen seiner Weisung, insbesondere hinsichtlich von Terminen, Qualität und Kosten aufmerksam und mahnt diesen von unzweckmässigen Anordnungen und Begehren ab.

Art. 4 Mitarbeiter und Subunternehmer des Auftragnehmers

11. In Zusammenhang mit der Erbringung aller Leistungen ist der Auftragnehmer verpflichtet, alle massgebenden Arbeitsschutz, sozialversicherungs- und (quellen) steuerrechtlichen Vorschriften für sich und seine Mitarbeiter einzuhalten, insbesondere die Vorschriften über Mindestlohn und Mindestarbeitsbedingungen wie Arbeits- und Ruhezeiten, Mindestdauer von Ferien, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Schutz von Schwangeren, Wöchnerinnen, Kindern und Jugendlichen und Nichtdiskriminierung, namentlich Gleichbehandlung von Frau und Mann. Er beachtet dabei das geltende Schweizer Recht und die anwendbaren (allgemein verbindlich erklärten) Gesamt- und Normalarbeitsverträge. Er hat die Bestimmungen des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSa) einzuhalten.

Für entlehene Mitarbeiter sind zusätzlich die personalverleihrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Der Einsatz von

entlehnten Mitarbeitenden aus dem Ausland ist nicht zulässig (Art. 12 Abs. 2 Arbeitsvermittlungsgesetz; AVG).

Für Leistungen aus dem Ausland hat der Auftragnehmer überdies alle massgebenden Ausländer, Aufenthalts-, entsende, melde und bewilligungsrechtlichen sowie arbeitsmarktlichen Vorschriften einzuhalten.

Ist die vertragskonforme Erbringung wesentlicher Teile der Vertragsleistung durch den Auftragnehmer (oder dessen Subunternehmer) infolge rechtskräftiger behördlicher Anordnungen gefährdet, ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag vorzeitig aufzulösen ohne Anspruch des Auftragnehmers auf Schadenersatz. Der Auflösungserklärung hat eine vorgängige schriftliche Mahnung unter Einräumung einer Frist von zehn Kalendertagen zur Behebung vorauszugehen.

12. In Zusammenhang mit der Erbringung aller Leistungen ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Einhaltung aller massgebenden Vorschriften und Bestimmungen nach Art. 4 Ziffer 11 für ihn und seine (entlehnten) Mitarbeiter mittels aussagekräftiger Unterlagen und Dokumente dem Auftraggeber auf dessen Aufforderung hin umgehend zu belegen. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, jederzeit Kontrollen durchzuführen und notwendige Massnahmen zu ergreifen. Bei Leistungen aus dem Ausland hat der Beleg, dass die Erwerbstätigkeit in der Schweiz zulässig ist (Art. 91 Ausländergesetz; AuG), bei Unterzeichnung dieses Vertrages durch den Auftragnehmer, in jedem Fall aber vor Arbeitsaufnahme, zu erfolgen.

Legt der Auftragnehmer nicht innerhalb von zehn Arbeitstagen nach schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber die Belege dieses Art. 4 Ziffer 12 vor, schuldet er dem Auftraggeber alle die damit verbundenen Kosten und der Auftraggeber ist befugt, den Vertrag vorzeitig aufzulösen, ohne Anspruch des Auftragnehmers auf Schadenersatz, und der paritätischen Kommission (PaKo) Meldung zu erstatten.

13. Der Auftragnehmer erfüllt den Auftrag grundsätzlich persönlich und darf den Auftraggeber Dritten gegenüber nicht verpflichten. Die Weitervergabe von Arbeiten aus diesem Vertrag an einen Dritten (Subunternehmer) bedarf der schriftlichen Genehmigung des Auftraggebers. Eine Weitervergabe über mehrere Stufen (mehrfache Weitervergabe) ist nur zulässig, wenn dies die schriftliche Genehmigung ausdrücklich mitumfasst. Die schriftliche Genehmigung ist vor der Weitervergabe, in jedem Fall vor Aufnahme der entsprechenden Arbeiten, unter Vorlage des abzuschliessenden Auftrages mit dem Dritten, beim Auftraggeber schriftlich einzuholen.

Der Auftragnehmer setzt nur sorgfältig ausgewählte und gut ausgebildete Mitarbeitende ein. Er beachtet dabei insbesondere das Interesse des Auftraggebers an Kontinuität. Er ersetzt auf Verlangen des Auftraggebers innert nützlicher Frist Mitarbeitende, die nicht über die erforderlichen Fachkenntnisse verfügen oder sonstwie die Vertragserfüllung beeinträchtigen. Im Falle der genehmigten Weitervergabe von Arbeiten hat der Auftragnehmer den Subunternehmer in mindestens gleichwertiger Weise schriftlich zu verpflichten, alle massgebenden Vorschriften und Bestimmungen nach Art. 4 Ziffer 11 einzuhalten, deren Einhaltung nach Art. 4 Ziffer 12 zu belegen und die Weitervergabe zu untersagen resp. im Falle genehmigter mehrfacher Weitervergabe diese Pflichten auf weitere Subunternehmer zu überbinden. Er hat sich das Recht nach Art. 4 Ziffer 12 einräumen zu lassen, gegebenenfalls Kontrollen durchzuführen und notwendige Massnahmen zu ergreifen.

Verstösst der Auftragnehmer gegen die vorstehenden Regeln der Weitervergabe, indem er die Weitervergabe von Arbeiten zulässt oder Arbeiten ohne schriftliche durch einen Dritten (Subunternehmer) ausführen lässt, schuldet er dem Auftraggeber alle die damit verbundenen Kosten.

Ferner ist der Auftraggeber berechtigt, dem Auftragnehmer die Fortführung seiner Arbeiten ganz oder teilweise zu entziehen, ohne dass dieser aus diesem Grund Anspruch auf eine Entschädigung erheben kann. Trotz Genehmigung der Weitervergabe bleibt der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber vollumfänglich verantwortlich für die vertragskonforme Erbringung der gesamten Vertragsleistungen.

Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber vollumfänglich für die Einhaltung von Art. 4. Die vom Auftragnehmer zur Vertragserfüllung beigezogenen Dritten gelten in jedem Fall als dessen Hilfspersonen im Sinne von Art. 101 OR. Die Zustimmung oder Kenntnisnahme des Auftraggebers zum bzw. vom Beizug oder der Auswechslung von Dritten lässt die Haftung des Auftragnehmers aus dem Vertrag oder im Zusammenhang mit dem Vertrag unberührt. Art. 399 Abs. 2 OR wird ausdrücklich wegbedungen.

Art. 5 Vergütung

14. Der Auftragnehmer erbringt die Leistungen zu Festpreisen oder nach Aufwand mit oberer Begrenzung der Vergütung (Kostendach). Er gibt in seinem Angebot die Kostenarten und Kostensätze bekannt.

Erreicht der effektive Aufwand 80% des Kostendaches hat der Auftragnehmer dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. In seiner Mitteilung hat er anzugeben, ob die Dienstleistung innerhalb des vereinbarten Kostendaches erbracht werden kann oder ob mit einer Überschreitung des Kostendaches und in welcher Höhe gerechnet werden muss. Ist dies der Fall, so hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber gleichzeitig eine Begründung für die Überschreitung und den Betrag der noch zu erwartenden Aufwendungen für die vertragsgemässe Erbringung des vereinbarten Leistungsumfanges der Dienstleistung bekannt zu geben. Ohne vorangehende ausdrückliche schriftliche Zustimmung des Auftraggebers darf das geltende, vereinbarte Kostendach in keinem Fall überschritten werden.

Stimmt der Auftraggeber innert 5 Arbeitstagen dem neuen, erhöhten Kostendach nicht schriftlich zu, so hat er dem Auftragnehmer innert der gleichen Frist mitzuteilen, ob er auf weitere Dienstleistungen verzichtet oder der Auftragnehmer seine Dienstleistung bis zum Erreichen des Kostendaches weiter zu erbringen hat. Bei Stillschweigen des Auftraggebers gilt Letzteres. Der Auftragnehmer kann die bis zum Datum des Verzichtes bzw. Erreichens des Kostendaches geleisteten Aufwendungen in Rechnung stellen.

15. Die Vergütung erfolgt in Schweizer Franken und gilt alle Leistungen ab, die zur zugehörigen Vertragserfüllung notwendig sind. Durch die Vergütung abgedeckt sind insbesondere alle Nebenkosten wie Spesen, Sekretariatsleistungen, alle Sozialleistungen und andere Entschädigungsleistungen für Krankheit, Invalidität und Todesfall sowie öffentliche Abgaben (Bsp. MWST). Die Teuerung wird nur nach besonderer schriftlicher Vereinbarung berücksichtigt.

16. Die Rechnungsstellung erfolgt bei Vergütung nach Aufwand monatlich, bei Festpreisen nach Erbringen der Dienstleistungen bzw. gemäss Zahlungsplan, sofern ein solcher vereinbart wurde. Rechnungen sind innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt zu bezahlen.

17. Erbringt der Auftragnehmer die Leistungen nach Aufwand, so liefert er zusammen mit der Rechnung vom Auftraggeber visitierte Rapporte.

18. Werden Teilzahlungen (Anzahlungen und Abschlagszahlungen) vereinbart, kann der Auftraggeber bei Aufträgen über CHF 100'000 kostenlos vom Auftragnehmer Sicherstellung in Form einer Bank oder Versicherungsgarantie verlangen.

Art. 6 Wahrung der Vertraulichkeit

19. Die Vertragsparteien behandeln alle Tatsachen vertraulich, die weder offenkundig noch allgemein zugänglich sind. Die Vertraulichkeit ist schon vor Beginn des Vertragsabschlusses zu wahren und bleibt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses bestehen. Vorbehalten bleiben gesetzliche Aufklärungspflichten.

20. Will der Auftragnehmer mit diesem Vertragsverhältnis werben oder darüber publizieren, bedarf er der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

Art. 7 Verzug

21. Der Auftragnehmer kommt bei Nichteinhaltung der in der Vertragsurkunde als verzugsbegründend vereinbarten Termine ohne weiteres in Verzug, in den übrigen Fällen nach Mahnung unter Einräumung einer angemessenen Nachfrist.

22. Wird bis zum Ablauf der Nachfrist nicht erfüllt, kann der Auftraggeber unter schriftlicher Mitteilung an den Auftragnehmer vom Vertrag zurücktreten. Die bis zur Vertragsauflösung erbrachten Leistungen sind zu vergüten.

23. Kommt der Auftragnehmer in Verzug, so schuldet er eine Konventionalstrafe in der Höhe von 0.5 % der Vergütung pro Verspätungstag, höchstens aber 10% der gesamten Vergütung. Die Bezahlung der Konventionalstrafe befreit den Auftragnehmer nicht von seinen vertraglichen Verpflichtungen. In Fällen höherer Gewalt ist keine Konventionalstrafe geschuldet.

Art. 8 Haftung, Versicherung

24. Der Auftragnehmer haftet für getreue und sorgfältige Ausführung und garantiert, dass seine Leistungen den vertraglichen Bedingungen und Spezifikationen sowie dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen.

25. Er haftet für Schäden, die seine Mitarbeitenden in Ausübung ihrer Verrichtungen verursachen.

26. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Dauer des Auftrages Haftpflichtversicherungen im Umfang von mind. 5 Mio. CHF abzuschliessen, diese Versicherung während der Dauer des Vertrages aufrecht zu erhalten und die entsprechenden, gültigen Versicherungsnachweise unaufgefordert dem Auftraggeber zu liefern.

Art. 9 Beendigung des Vertragsverhältnisses

27. Der Auftrag kann von jeder Vertragspartei jederzeit schriftlich widerrufen oder gekündigt werden. Die bis zur Vertragsauflösung erbrachten Leistungen sind abzugelten.

28. Schadenersatzansprüche wegen Vertragsauflösung zur Unzeit bleiben vorbehalten. Ausgeschlossen ist der Ersatz entgangenen Gewinns.

29. Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses hat der Auftragnehmer alle vom Auftraggeber erhaltenen Unterlagen sowie alle Arbeitsergebnisse, sowohl die schriftlichen als auch die maschinell lesbaren, dem Auftraggeber unaufgefordert zu übergeben.

Art. 10 Abtretung und Verpfändung

30. Die dem Auftragnehmer aus dem vorliegenden Vertrag zustehenden Forderungen dürfen ohne vorgängige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers weder abgetreten noch verpfändet werden.

Art. 11 Schutzrechte

31. Alle bei der Vertragserfüllung (Erbringung der Dienstleistung) entstandenen Schutzrechte des geistigen Eigentums gehören dem Auftraggeber. Der Auftragnehmer stellt vertraglich sicher, dass dem von ihm und von allenfalls beauftragten Dritten eingesetzten Personal keine Urheberrechte und Patentrechte an Arbeitsergebnissen zustehen.

32. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Forderungen Dritter wegen Verletzung von Schutzrechten unverzüglich abzuwehren und sämtliche Kosten inbegriffen Schadenersatzleistungen, welche dem Auftraggeber daraus entstehen, zu übernehmen.

33. Der Auftraggeber verpflichtet sich, den Auftragnehmer unverzüglich über solche Forderungen in Kenntnis zu setzen und ihm alle zu ihrer Abwehr dienlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, soweit nicht Geheimhaltungsgründe entgegenstehen.

Art. 12 Anwendbares Recht und Gerichtsstand

34. Auf das Vertragsverhältnis ist schweizerisches Recht anwendbar.

35. Gerichtsstand ist Baden AG, Schweiz.

36. Streitigkeiten zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer werden, sofern sich die Parteien nicht auf ein Schiedsgericht einigen, von den ordentlichen Gerichten beurteilt; vorbehalten bleibt der Weiterzug an das Bundesgericht.